Monatsspiegel

Mai 2019

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Die Zukunft Europas liegt in unserer Hand!

Von Matthias Dornhuber
Mittelfränkischer Europakandidat

Am 26. Mai 2019 sind die Europawahlen in Deutschland. Die rund 400 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in den voraussichtlich 27 Mitgliedsstaaten wählen dann ein neues Parlament für die Europäische Union.
Im Mittelpunkt der europäischen Politik müssen die Menschen stehen: Die Europäische Union muss in diesen unruhigen Zeiten für sie da sein und ihre Interessen wahren – nicht nur die der Konzerne, Banken und Finanzmärkte. Der Wohlstand, den uns die europäische Einigung gebracht hat, muss bei allen ankommen. Wir müssen ihn nutzen, um soziale Sicherheit zu schaffen, um in unsere Zukunft zu investieren und unsere Lebensgrundlagen zu schützen.

Die Europäische Einigung ist ein Erfolgsprojekt: Sie hat uns eine über 70 Jahre andauernde Friedensordnung gegeben. Politischer Streit wird nun friedlich und durch demokratisch legitimierte Institutionen ausgetragen statt mit Waffen. Die europäische Integration, der gemeinsame Binnenmarkt, die Aufhebung der Binnengrenzen und die gemeinsame Währung haben viel Wohlstand und Freiheit geschaffen.

Ich bin fest überzeugt: Auch in Zukunft erreichen wir gemeinsam mehr. Die Herausforderungen durch den Klimawandel, Steuerbetrug, internationale Kriminalität oder die Digitalisierung machen nicht an Landesgrenzen halt. Und nur gemeinsam können wir der Globalisierung Regeln geben, damit in der Welt von morgen nicht Finanzmärkte, globale Konzerne oder autoritäre Staaten darüber entscheiden, wie unser Zusammenleben aussieht.

Ich will ein Europa für alle. Mit Menschlichkeit und Menschenrechten. Mit klaren Regeln für die internationale Wirtschaft. Ein Europa mit festen Werten und einer Demokratie, die stark ist.

Wir entscheiden gemeinsam, in welchem Europa wir leben werden. In meinem in Europa gibt es überall faire Mindestlöhne und Mindeststandards bei der sozialen Absicherung. In meinem Europa haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer starke Rechte und können Verantwortung für ihre Betriebe übernehmen. Mein Europa geht bei der Digitalisierung mutig voran und setzt auf Innovation und Bildung, lässt dabei aber niemanden zurück. Mein Europa bekennt sich zu den Pariser Klimazielen und geht beim Schutz unserer Umwelt und dem Kampf gegen den Klimawandel voran.

In meinem Europa steuern die großen Konzerne und die Finanzmärkte durch eine Digitalsteuer und eine Finanztransaktionssteuer ihren Anteil zu unserem Gemeinwesen bei. Mein Europa geht gezielt gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung vor. Es schafft durch fairen

Fortsetzung auf Seite 3

06.05.	19.30	Fraktionssitzung	Rathaus 14. OG	
07.05.	19.30	Distriktsversammlung Frauenaurach	Gemeindezentrum	S. 13
08.05.	20.00	Informationsveranstaltung StUB	IG-Metall-Saal	
08.05.	20.00	Distriktsversammlung West	Güthlein	S. 15
10.05.	18.00	Unterbezirksparteitag	Hallerhof	
10.05.	20.00	Wie geht`s weiter im Stadtwesten?	Güthlein	S. 15
13.05.	19.00	Fraktionssitzung	Rathaus 14. OG	
14.05.	19.00	Distriktsversammlung Anger/Bruck	ATSV	S. 13
14.05.	19.00	Distriktsversammlung Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 14
15.05.	19.00	Distriktsversammlung Eltersdorf	Schützenhaus	S. 13
15.05.	20.00	Distriktsversammlung Süd	Bürgertreff Berliner Platz	S. 14
17.05.	20.00	Jusos: Vortrag: Die neue Arbeiter*innen-Klasse	IG-Metall-Saal	S. 7
20.05.	19.00	Fraktionssitzung	Rathaus 14. OG	
21.05.	20.00	Distriktsversammlung Innenstadt	Kulisse	S. 13
23.05.	19.00	Nominierung des Oberbürgermeisterkandidaten	E-Werk Clubbühne	S. 3
25.05.	10.00	Workshop zum kommunalpolitischen Programm	Turnerbund	S. 3
27.05.	19.30	Fraktionssitzung	Rathaus 14. OG	
28.05.		Kreisvorstand		
01.06.	10.00	Workshop zum kommunalpolitischen Programm	Turnerbund	S. 3
03.06.	19.30	Fraktionssitzung	Rathaus 14. OG	

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	13:00 bis 17:30 Uhr
Dienstag	13:00 bis 17:30 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	13:00 bis 17:30 Uhr
Freitag	12:30 bis 14:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Nina Riebold
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Munib Agha (ma), Stefan Barth, Philipp Dees, Matthias Dornhuber, Monika Fath-Kelling, Katrin Hurle (kh), Mark Schuster (ms)

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Handel Wohlstand für beide Seiten, Lebensperspektiven und Entwicklungschancen – und bekämpft so Armut, Hunger und Fluchtursachen. Mein Europa stärkt den Frieden, bevor Gewalt ausbricht, und hilft partnerschaftlich bei der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.

In meinem Europa ist klar, dass nicht alles eine Ware sein kann, die auf privaten Märkten gehandelt werden muss: Der Zugang zu Trinkwasser ist ein Menschenrecht. Die Wasserversorgung liegt in der öffentlichen Hand. Und Handelsverträge dürfen die öffentliche Wasserversorgung nicht liberalisieren, sondern müssen sie klar und deutlich schützen.

Wirtschaftlicher Erfolg, sozialer Ausgleich und der Schutz unserer Umwelt sind keine Gegensätze, sondern müssen Hand in Hand gehen. Dafür möchte ich im Europäischen Parlament kämpfen.

Die Zukunft Europas liegt in unserer Hand. Unsere Stimmen entscheiden über den künftigen Kurs Europas. Kommt zusammen – für ein starkes und soziales Europa.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Nominierung des Oberbürgermeisterkandidaten

am Donnerstag, 23. Mai 2019, 19.00 Uhr
E-Werk Clubbühne, Fuchsenwiese 1

Die detaillierte Tagesordnung erhaltet ihr mit einer schriftlichen Einladung per Post.
Nach der Nominierung wollen wir unseren Wahlkampfauftakt noch etwas feiern: Wir laden euch herzlich ein, noch zu Musik und Gesprächen in die Kellerbühne zu kommen.

Dieter Rosner Philipp Dees Sandra Radue

Workshops zum kommunalpolitischen Programm

Liebe Genossinnen und Genossen,
nachdem in den letzten Monaten Arbeitsgruppen die einzelnen Kapitel unseres kommunalpolitischen Programms diskutiert und Textvorschläge ausgearbeitet haben, starten wir jetzt in die zweite Phase des Programmprozesses: Auf zwei Workshops wollen wir die Programmkapitel durchgehen, kritische Punkte diskutieren und die Forderungen der einzelnen Kapitel aufeinander abstimmen.
Zu diesen Workshops laden wir euch sehr herzlich ein:

- **Samstag, 25. Mai, 10 bis 16 Uhr, Turnerbund**
- **Samstag, 1. Juni, 10 bis 16 Uhr, Turnerbund**

Die Entwürfe der einzelnen Arbeitsgruppen erhaltet ihr rechtzeitig vor den Workshops, voraussichtlich am 19. Mai, per Mail. Mit dieser Mail erfahrt ihr auch, welche Themen auf welchem der Workshops behandelt werden.
Wenn ihr keine Mails vom Kreisverband bekommt und mitdiskutieren wollt, meldet euch bitte bei Christian Wonnerth im Büro, damit ihr den Entwurf und die Themenverteilung erhaltet (Telefon 8126522, E-Mail: buero@spd-erlangen.de).

Für den Programm-AK
Philipp Dees, Barbara Pfister

Informationsveranstaltung zur „StUB“

Liebe Genossinnen und Genossen,
ihr seid herzlich eingeladen zu einer Informationsverstaltung zum aktuellen Stand der Planungen für die Stadt-Umland-Bahn am

8. Mai, 20 Uhr,
IG-Metall-Saal

Informieren wird euch Oberbürgermeister Florian Janik.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juni 2019
23. Mai 2019

„Berliner Pflanze“ gedeiht prächtig auf fränkischem Humus

Zum 80. Geburtstag von Heide Mattischeck

Von Dietmar Hahlweg

Heide Mattischeck war fast 20 Jahre (1972-1991) Mitglied des Erlanger Stadtrates und 12 Jahre (1990-2002), das sind drei Wahlperioden, Mitglied des Deutschen Bundestages. Auch im Unruhestand ist sie weiter ein höchst aktives und produktives Mitglied unserer Erlanger SPD.

Heide stammt, wie viele Erlanger, nicht von hier. Geboren wurde sie am 26.Mai 1939 in Berlin, nur etwas mehr als drei Monate vor Beginn des zweiten Weltkrieges. Der Vater stammt aus Rathenow in der Mark Brandenburg, die Mutter aus Stettin und eine Großmutter von der Insel Rügen (daher rührt Heide´s Liebe zur See). Der Vater wird sofort bei Kriegsbeginn eingezogen und fällt auf der Krim – er ist da 35 Jahre alt, Heide 4 – sie hat keine Erinnerung an ihn.

Die Mutter schlägt sich mit Heide und deren jüngerem Bruder tapfer durch.Heide kann als erste der Familie ein Gymnasium besuchen, verdient ihr Taschengeld durch Nachhilfeunterricht und Zettelverteilen.

Nach dem Abitur 1958 entscheidet sie sich für eine Stammhauslehre bei Siemens. Ein Studium- sie wäre gerne Lehrerin geworden- will sie ihrer Mutter, der alleinerziehenden Kriegerwitwe nicht zumuten.

Die Stammhauslehre (1958-1961) schließt sie mit der damals gängigen Berufsbezeichnung „Industrie-Kaufmann“, heute natürlich „Betriebs-kauffrau“ ab. 1965 heiratet Heide Klaus Mattischeck, den sie bei der gemeinsamen Siemens-Ausbildung kennengelernt hatte. Als dieser 1965 für Siemens nach Erlangen geht, wird Heide, wie sie es bezeichnet, „problemlos mitversetzt“.

Die beiden ziehen nach Erlangen Bruck. Als im März 1966 Sohn Fabian geboren wird, entschliesst sich Heide bei Siemens aufzuhören und sich ganz der Familie zu widmen - dies 6 Jahre lang, bis Fabian 1972 in die Schule kommt.

Aber dann drängt es sie doch zu neuen Ufern: Im Jahr 1969, also vor 50 Jahren, trifft die vielseitig interessierte und kontaktfreudige Fulltime Hausfrau Heide Mattischeck eine folgenreiche Entscheidung: Sie steigt im ehemals „braunen Haus“ an der Ecke Henkestr./ Nürnberger Str. die dunklen Treppen zum SPD-Büro hinauf und tritt beim unvergessenen Hanni Ermann in die Erlanger SPD ein. Ihre Gründe: Die 68er-Entwicklung, der Vietnamkrieg und ihr großes Vorbild Willy Brand.

Sie kann nicht ahnen, was da und wie schnell alles folgt: 1969 eingetreten, wird sie schon 1970 als Kassiererin in den Vorstand gewählt, 1972 übernimmt sie als Halbtagsmitarbeiterin die Geschäftsführung des Kreisverbandes und wird 1974 zur stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbandes gewählt.

Die politische Heimat und Basis ist Bruck, wo Heide und ihr Mann Klaus u.a. mit den Familien Peters, Riefers und Foldenauer schon bald nach dem Zuzug aus Berlin Gleichgesinnte finden. Sie leisten in Bruck tolle Basisarbeit und so schaffen Heide und Anke Riefers bei der Kommunalwahl 1972 auf Anhieb den Sprung in den Erlanger Stadtrat.

Mit dem Rückenwind der „Willy Wahl“ gewinnt die SPD in Erlangen 1972 die absolute Mehrheit im Stadtrat und nach Hammerbacher und Poeschke auch wieder das Amt des Oberbürgermeisters.

In diesem Stadtrat gehört Heide zusammen mit Anke Riefers und Ursula Rechtenbacher zu den drei Frauen, die

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

03.05. Herbert Micheler
72 Jahre

08.05. Günter Braun
80 Jahre

12.05. Michael Stoisiek
73 Jahre

12.05. Felix Wosnitzka
76 Jahre

15.05. Wilhelm Horn
72 Jahre

17.05. Ute Preuß
79 Jahre

17.05. Wiebke Schmielau
70 Jahre

25.05. Michael Ludwig
65 Jahre

25.05. Gerlinde Uhl
84 Jahre

26.05. Elli Pöschl
81 Jahre

26.05. Heide Mattischeck
80 Jahre

27.05. Lüer Rietzsch
72 Jahre

27.05. Karin Sichel
77 Jahre

27.05. Hannelore Stahlschmidt
73 Jahre

27.05. Sara Leeb
65 Jahre

es in der mit der absoluten Mehrheit ausgestatteten SPD-Fraktion mit 21 Männern + OB (auch Mann) zu tun haben - ein heute auch bei den anderen Parteien kaum mehr vorstellbares Missverhältnis. – Trotzdem: In der Rückschau ist es erstaunlich, was dieses weibliche Dreigestirn in den ersten 6 Jahren von 1972 bis 1978 für Kinder, Jugendliche, Frauen, Senioren und Behinderte in der männlich dominierten SPD-Fraktion durchgesetzt haben.

Für Vieles, worauf Erlangen gerade in diesen Bereichen auch heute nach über 40 Jahren immer noch zu Recht stolz ist, wurden damals die Grundlagen gelegt.

Bei Heide beeindruckt zudem von Anfang an die erstaunliche Breite der Themen, denen sie sich ebenso kompetent wie beharrlich widmet. Das sind neben den erwähnten sozialen Fragen die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität (eines der Stichworte Willy Brandts) im weitesten Sinne. So die Qualität der Stadtplanung mit besonderer Berücksichtigung der Freiflächen, die Verkehrspolitik mit gleichen Chancen für die umweltfreundlichen Verkehrsarten wie den ÖPNV, das Zufußgehen und das Fahrradfahren. Aber eben auch die Kultur, das Theater, soziokulturelle Einrichtungen wie die Jugendclubs, das E-Werk, der Kosbacher Stadl oder die Integration unserer ausländischen Mitbürger. Ebenso wie die internationalen Kontakte der Stadt in Sonderheit die Partnerschaft mit Wladimir.

Gerade wegen dieses breiten Ansatzes – der natürlich auch viel mit Heides Berliner Erfahrungshorizont zu tun hat – wird sie 1981 zur Stellvertreterin und 1988 zur Vorsitzenden der SPD – Stadtratsfraktion gewählt, übrigens der bis dahin ersten weiblichen in der Erlanger Stadtgeschichte. Als sie im September 1991 den Stadtrat zugunsten ihres inzwischen errungenen Bundestagsmandats verlässt, wird das von allen Kolleginnen und Kollegen quer durch die Fraktionen sehr bedauert.

OB Hahlweg bezeichnet die damals erst 52 Jährige bei ihrer Verabschiedung im Stadtrat spontan als „Altmeisterin der Erlanger Kommunalpoltik“, um die Bedeutung ihrer fast 20 jährigen Arbeit an der kommunalen Basis angemessen zu beschreiben. Und er fügte hinzu: „Du warst, mit anderen zusammen, die besonders profilierte Vertreterin einer Kommunalpolitik, die Erlangen in den 70er und 80er Jahren zu einem Vorreiter fortschrittlicher Kommunalpolitik in der Stadt- und Verkehrsplanung, dem Umweltschutz, der Soziokultur, der Bürgermitwirkung und der Volksdiplomatie gemacht hat.“ Heide gebührt einmal mehr großer Dank, dass sie an vorderster Stelle immer zu den Mutigen zählte, die sich dadurch oft dem Vorwurf der ideologischen Scharfmacherei ausgesetzt sah; das für Positionen, die längst weitgehend Allgemeingut sind wie Verkehrsberuhigung, Tempo 30, Mülltrennung, Energiesparen oder die Schonung von Wald und Flur.

Der Wechsel in die Bundespolitik entsprach Ihrem breiten Politikansatz.

Auf Grund des inzwischen erreichten Ansehens in der Öffentlichkeit zusammen mit der langen aktiven Parteiarbeit wird Heide am 9.11.1989 - dem Tag des Mauerfalls - nahezu einstimmig zur Kandidatin für die Bundestagswahl nominiert. Sie erhält einen aussichtsreichen Listenplatz und zieht im Dezember 1990 in den Deutschen Bundestag, damals noch in Bonn, ein.

Im Vordergrund stehen jetzt die Fragen der überraschend möglich gewordenen deutschen Einheit und am 20.6.1991 die Entscheidung, ob Berlin die neue Bundeshauptstadt wird. Heide, die geborene Berlinerin, darf das mitentscheiden. Und durch ihre Pro-Berlin-Stimme (wie übrigens auch die ihres Erlanger CSU Kollegen Dr. Friedrich) hilft sie mit, dass es wirklich zu einer, wenn auch überraschend knappen Entscheidung für Berlin kommt.

1994 und 1998 wird Heide für jeweils 4 Jahre wiedergewählt. Errang sie 1990 34 % der Stimmen, waren es 1994 schon 39 % und dann im September 1998 sogar 44,4 % mit eindrucksvoller Stimmenmehrheit in der Stadt.

Mit dem Wahlsieg von Rot-Grün in 1998 konnte Heide nach acht harten Oppositionsjahren jetzt Regierungspolitik mitgestalten.

Dies als Mitglied im Vorstand der Bundestagsfraktion, als bayerische Sprecherin im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und als Sprecherin der SPD im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Damit sind auch Heides Arbeitsschwerpunkte in den 12 Jahren Bundestag genannt, die sie schon immer umtreibenden Menschenrechte und auf der Grundlage ihrer reichen kommunalpolitischen Erfahrungen die Verkehrsfragen mit Schwerpunkten Bahn, Öffentlicher Nahverkehr und Fahrradfahren.

Fragt man Heide, welche mitgetragenen Beschlüsse sie froh und stolz machen, dann nennt sie den Beschluss Pro-Berlin, den Atomausstieg und die Ökosteuer; ganz wichtig ist ihr aber auch der Nationale Radverkehrsplan, den sie, immer bestens munitioniert von unserem Erlanger Radpapst Dietmar Habermeier, mit der ihr eigenen Beharrlichkeit über viele Jahre vorangetrieben und schließlich auch durchgesetzt hat.

Geschmerzt haben sie u.a. der Afghanistan-Beschluss und die Änderungen des Asylrechts.

2002 kandidiert Heide nicht erneut für den Bundestag, ist dann aber weiter in verschiedenen ehrenamtlichen Funktionen in der Partei, in Gruppen und Vereinen aktiv und damit erfreulich stark präsent. Besonders hervorzuheben sind hier ihre wichtige Rolle bei der mehrjährigen Erarbeitung des Buches „Materialien zur Sozialdemokratie in Erlangen 1972 – 1996“, erschienen 2015, ihre häufigen Beiträge im Monatsspiegel und ihre kontinuierliche Mitarbeit im Dritte Welt Laden am Neustädter Kirchenplatz.

Liebe Heide, Du kannst auf das Erreichte sehr, sehr stolz sein. Und wir Erlanger Sozialdemokraten sind sehr stolz auf Dich. Vor allem aber sind wir Dir sehr dankbar – dies auch im Namen der vielen Menschen aller Altersgruppen, die von Deiner Arbeit profitiert haben und weiter profitieren und denen Du auch in zahllosen Einzelfällen helfen konntest.

Wir alle gratulieren Dir von Herzen zu Deinem 80. Geburtstag. Wir wünschen Dir alles Gute, weiter Freude und Erfolg in Deinen vielen Aktivitäten, aber vor allem natürlich Gesundheit.

Dein Dietmar Hahlweg

„Was kommt nach Hartz IV?“
Angeregte Diskussion mit Reiner Prölß

(kh) Etwa 30 Interessierte aus Partei und Öffentlichkeit waren der Einladung des SPD-Kreisverbands Erlangen in den Saal der IG Metall gefolgt, um mit Reiner Prölß, dem Sozialreferenten der Stadt Nürnberg, über die Frage „Was kommt nach Hartz 4?“ zu diskutieren.

Zum Einstieg präsentierte Prölß einige empirische Daten zu Hartz 4. Seiner Einschätzung nach sind dazu einige Mythen im Umlauf, wenngleich die Reform tatsächlich an manchen Stellen zu Problemen geführt hatte. Dabei erwähnte er zunächst die ursprünglichen Intentionen der Sozialreform, welche unter Anderem in einem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung, einer Entlastung der Kommunen, der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sowie einer Grundsicherung statt Bedarfsdeckung bestanden. Weiterhin zeigte er anhand von Statistiken auf, was an den verbreiteten Mythen über Hartz 4 tatsächlich dran ist. So demonstrierte er bezüglich der Frage, ob Hartz 4 zu mehr Armut geführt habe, dass sich an der Armutsgefährdungsquote durch Hartz 4 kaum etwas geändert hatte – wobei hierbei jedoch zu beachten ist, dass es sich um einen relativen Wert handelt (60 % des Bundes-Medians). Zudem erklärte er, dass sich für einen Teil der Personen, speziell die ehemaligen Sozialhilfeempfänger*innen, sogar der Zugang zu Leistungen verbessert hatte. Der GINI-Koeffizient, ein Maßstab für die Ungleichverteilung des Einkommens, war durch Einführung von Hartz 4 ebenfalls nicht angestiegen – vielmehr war in den Jahren davor ein Anstieg zu verzeichnen.

Im Anschluss fasste Prölß die aktuelle Debatte zu Hartz 4 zusammen, und erwähnte dabei die grundlegenden Forderungen, die derzeit diskutiert werden. Dies sind unter anderem eine bessere Anerkennung der Lebensleistung, die Ausweitung des Schonvermögens, Abschaffung beziehungsweise Reduzierung der Sanktionen, eine Erhöhung der Leistungen, weniger Anrechnung von Erwerbseinkommen und Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung. Darüber hinaus besteht die radikale Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Daraufhin stellte Prölß seine eigenen Positionen zu dem Thema dar. Aufgrund der geringen Akzeptanz von Hartz 4 fordert er, dieses hinter sich zu lassen und ein neues Gesetz zu schaffen. Dabei sei es wichtig, Sozialleistungen, Abgaben und das Steuersystem im Rahmen einer grundlegenden Sozialstaatsreform insgesamt zu berücksichtigen. Dabei müssten die inzwischen veränderten Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt werden und fließendere Übergänge zwischen den Leistungen geschaffen werden, da derzeit die finanzielle Belastung beim Überschreiten bestimmter Einkommensschwellen sprunghaft zunimmt.

Das neue System soll laut Prölß auf fünf Säulen beruhen. Die erste besteht aus einer Kindergrundsicherung nach dem Grundsatz „Jedes Kind soll gleich viel wert sein!“, wobei diese nicht nur monetäre Leistungen umfassen muss. Weitere Säulen sind eine Grundrente, ein „Wohngeld neu“ als Zusammenfassung von Wohngeld und Kosten der Unterkunft, einem „Grundeinkommen“ für erwerbsfähige Leistungsberechtigte sowie einer „Existenzsicherung“ analog zur heutigen Hilfe zum Lebensunterhalt im SGB XII. Daneben ist das Recht auf Arbeit und Ausbildung von zentraler Bedeutung, welches verwirklicht werden soll durch eine Anhebung des Mindestlohns, Arbeitsförderung, einem Rechtanspruch auf Ausbildung und zertifizierte Weiterbildung, einer Neufassung der Zumutbarkeitsregelung sowie Grenzen für die Vermittlung in Leih- und Zeitarbeit. Weitere Punkte sind eine Beibehaltung des Sozialversicherungssystems, die Berücksichtigung der Lebensleistung bei der Sozialversicherung sowie eine Erhöhung der Regelsätze auf das soziokulturelle Existenzminimum. Prölß hält Sanktionen zwar grundsätzlich für notwendig, fordert aber eine Entschärfung: So sollen die Sonderregelungen für Jugendliche zurückgenommen werden, keine Kürzung der Kosten der Unterkunft erfolgen, eine Karenzzeit beim Eintritt in das System gewährt und ein Ermessensspielraum bei der Mitwirkungspflicht geschaffen werden. Weiterhin hält er zwar eine Anrechnung des Vermögens für notwendig, fordert jedoch auch hier großzügigere Regelungen. Zudem soll er eine engere Zusammenarbeit von Leistungsgewährung, Arbeitsvermittlung und Förderung erfolgen und eine verbindliche Zusammenarbeit mit den Jugendämtern erfolgen, wenn Kinder betroffen sind.

Im Anschluss erfolgte eine sehr rege Diskussion, wobei sich einige Beiträge auf die Sanktionen bezogen – wenngleich hierbei auch angemerkt wurde, dass dieser Aspekt in der allgemeinen Debatte um Hartz angesichts der Tatsache, dass nur 3 % der Hartz 4 - Bezieher*innen davon betroffen sind, einen zu großen Stellenwert einnimmt und andere, wichtigere Punkte dadurch überdeckt werden. Manche vertraten die Meinung, dass Sanktionen generell abgeschafft werden sollten, da sie zu Druck und Ängsten führen und es zudem fragwürdig sei, das Existenzminimum noch weiter zu kürzen. Zudem seien die Sanktionen teils unberechtigt. Außerdem wurde angemerkt, ob Sanktionen nicht durch eine intensivere Betreuung der Arbeitslosen vermieden werden könnten. Daneben wurde jedoch auch erwähnt, dass Sanktionen von den Betroffenen durch Einhalten der Bedingungen leicht zu vermeiden seien.

Es kamen jedoch auch noch andere Punkte in der Diskussion zur Sprache. So wurde die Notwendigkeit betont, die Situation von Frauen besonders zu berücksichtigen – insbesondere für Alleinerziehende seien Angebote zur Teilzeitqualifikation entscheidend. Weiterhin wurde die Bedeutung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in Hinblick auf die Löhne erwähnt. Außerdem wurde angemerkt, dass der Frust über Hartz 4 teilweise eher von den bereits in der Zeit davor auftretenden Problemen herrührt. Darüber hinaus wurde angeregt, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches vom Referenten als nicht zielführend gesehen wurde, nicht doch sinnvoll sei. Auch ein bedingungsloses Grundeinkommen für Arbeitslose verbunden mit einem Belohnungs-

system für die Mitwirkung wurde als mögliche Alternative vorgeschlagen.

Insgesamt war es also ein sehr gelungener Abend, an dem viele konstruktive Ansätze für eine Reform des Sozialstaats aufgezeigt wurden – dies ist auch absolut notwendig, denn es reicht nicht, Hartz 4 in der derzeitigen Form abschaffen zu wollen. Es müssen Alternativen her, die so durchdacht sind, dass sie durchführbar sind und bei der Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen.

Jusos Erlangen fordern mehr parlamentarische Kontrollrechte in der Bayerischen Verfassung

(ms) Auf ihrer letzten Sitzung des Unterbezirkes haben die Jusos Erlangen einstimmig beschlossen, dass das Instrument des konstruktiven Misstrauensvotums und der Vertrauensfrage in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden. Dem Parlament soll dadurch mehr Kontrolle gegenüber der Bayerischen Staatsregierung erlangen.

Nach dem Prinzip der Gewaltenteilung wird die Staatsgewalt in die drei bekannten Gewalten geteilt: Legislative, Exekutive, Judikative. Der Zweck darin besteht, die Staatsgewalt zu begrenzen und zu kontrollieren. Im Bund ist dies durch das abhängige Vertrauen des Bundestages gegenüber dem/der Bundeskanzler*in gesichert. Dies zeigt sich neben der Wahl des Kanzlers auch in der Möglichkeit die Amtszeit durch Misstrauensvotum zu beenden.

Die Bayerische Verfassung (BV) hingegen statuiert dagegen nur die Rechtspflicht des/der

Ministerpräsidenten/-präsidentin zurückzutreten, „wenn die politischen Verhältnisse ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen ihm [oder ihr] und dem Landtag unmöglich machen“ (Art. 44 II BV). Ob diese Rechtspflicht auch justiziabel ist, ob insbesondere der Bayerische Landtag gegen eine/n rücktrittsunwillige/n Ministerpräsidenten/-präsidentin den Bayerischen Verfassungsgerichtshof anrufen kann, ist in der juristischen Literatur umstritten. Instrumente wie ein konstruktives oder destruktives Misstrauensvotum sowie der Vertrauensfrage fehlen in der Bayerischen Verfassung vollständig. Als einziges wirksames Kontrollrecht besitzt der Landtag das Recht, sich selber aufzulösen (Art. 18 I BV).

„Kontrollrechte sind unverzichtbar für eine effektive Gewaltenteilung. Es ist also ungeheuerlich, dass so wirkungsvolle Kontrollrechte wie ein konstruktives Misstrauensvotum nicht von den Verfassungsvätern und -mütter beachtet wurden. Das Auflösungsrecht ist zwar ebenfalls wirkungsvoll, aber in Zeiten absoluter Mehrheiten auch obsolet. Da ist ein weiteres Druckmittel für das Parlament ein gutes Zeichen für die parlamentarische Demokratie!“, so Mark Schuster, Jura-Student und Mitglied im Vorstand der Jusos Erlangen.

Buchtipp und Veranstaltungshinweis: Die neue ArbeiterInnenklasse

(ma) Veronika Bohrn Mena ist Expertin für atypische Beschäftigung und hat in ihrem Buch „Die neue ArbeiterInnenklasse“ ihre Erfahrungen als Gewerkschafterin zusammengeschrieben. Die Stärke des Buches liegt vor allem darin, dass es kein rein theoretisches Werk ist. Veronika Bohrn Mena gibt in ihrem Buch Pseudo-Praktikant:innen, Leiharbeiter:innen und unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigten eine Stimme, die von ihren Realitäten in Niedriglohn-Jobs, freien Dienstverhältnissen und der Scheinselbstständigkeit, von ihrer Arbeit in befristeten Verhältnissen und Kettenverträgen, als „Neue Selbstständige“ oder als Ein-Personen-Unternehmen berichten.

Veronika Bohrn Mena nimmt dabei keine reine Beobachterinnenposition ein. Mit einer sehr niederschwelligen, aber umso wirkmächtigeren Sprache macht sie klar, dass die Situation dieser Menschen nicht selbstverschuldet ist. Häufig handelt es sich um Arbeitgeber:innen, die ihre Mitarbeiter:innen illegal in ein prekäres Beschäftigungsverhältnis zwingen.

In immer mehr Fällen ist es aber auch so, dass die prekären Beschäftigungsverhältnisse durch Deregulierungen von Seiten der Politik erst möglich gemacht worden sind und prekäre Beschäftigung immer mehr zum Massenphänomen werden.

Ganz ohne Theorie kommt das Buch aber doch nicht aus. Veronika verdeutlich, dass schon im 19. Jahrhundert die Arbeiter:innenklasse nicht so homogen gewesen ist wie gerne dargestellt und nur aus Männern bestand, die im Kohlebergwerk oder in der Stahlproduktion arbeiteten. Sie bestand ebenso aus weiblichen wie männlichen Beschäftigten im Dienstleistungssektor, der Landwirtschaft oder wenig Profit erwirtschaftenden Selbstständigen wie Handwerkern, Handelstreibenden oder Heimarbeiterinnen.

Was allerdings in den letzten Jahren hinzu kam: Weder ein akademischer Grad noch eine gute Ausbildung sind kein Garant mehr für ein stabiles, gut bezahltes Beschäftigungsverhältnis. Nicht ohne Grund lässt sie in ihrem Buch auch eine wissenschaftliche Mitarbeiterin und einen als Pseudo-Praktikanten eingestellten Redakteur zu Wort kommen.

Im letzten Kapitel macht sie mehrere Reformvorschläge, die prekäre, schlechtbezahlte Arbeit eindämmen sollen. Denn Politik und Staat sind nicht dafür da, ideale Bedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, sondern primär für die Menschen, die von ihr leben sollen.

Am

17. Mai um 20 Uhr

ist Veronika Bohrn Mena in Erlangen und hält im

IGM-Saal

einen Vortrag zu ihrem Buch.

Jusos besuchen die Jugendkonferenz

Auch dieses Jahr machte sich eine Erlanger Juso-Delegation auf nach Berlin ins Willy-Brandt-Haus zur Jugendkonferenz. Es fuhren Eda Simsek, Nina Riebold, Nils Dörrer und Tobias Körber.

Neben der Vernetzung und jeder Menge Spaß konnten wir an vielen verschiedenen Workshops teilnehmen und ein VIELE Ideen für die Arbeit daheim mitnehmen. Am Freitag wurde uns (nach der Ankunft) die Jugendkampage für den Europawahlkampf vorgestellt. Anschließend stellten sich unsere Juso-Spitzenkandidat*innen Delara Burkhardt und Tiemo Wölken vor. Tiemo wurde als einer der Hauptgegner der EU Copyright Reform diesbezüglich ausgefragt. Den Auftakt am Samstag machte Katharina Barley mit IHREM Wahlkampf kick-off. Mit ihr diskutierten wir danach ebenfalls zum Dauerbrenner-Thema Copyright Reform, aber es ging auch um die Groko und um ihren Europawahlkampf. In den darauffolgenden beiden Workshopphasen teilte sich unsere Delegation, um möglichst viel unterschiedlichen Input zu erhalten. So konnten wir unter anderem viel zu Arbeitnehmer*innenrechten in Europa lernen; diskutieren wie man den europäischen Bildungsraum verbessern kann; Konzepte zur Reform der europäischen Finanzpolitik erarbeiteten und auch mit Fridays for Future Berlin diskutieren. Danach besuchten uns Udo Bullman (Fraktionsvorsitzender der S&D Fraktion) und Frans Timmermans (Vize-Präsident der europäischen Kommission und Spitzenkandidat der S&D). Diese erzählten uns von ihren Plänen für ein gemeinsames Europa. Das geheime Highlight der Konferenz war die Verbandsparty am Samstagabend, bei der man allerlei Gelegenheit hatte Jusos aus anderen Bundesländern kennenzulernen und sich zu vernetzen. Auch der Sonntag bot noch einiges an Programm. Eine Vertreterin von Das NETTZ, gab uns einen Einblick in ihre Arbeit gegen Hate Speech im Internet. Anschließend gab es noch einige Workshops rund ums Thema social media. Insgesamt eine gut organisierte und lehrreiche Konferenz.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion und dem „Rathaus-Report“ der Stadt

Schaffung eines Ortes der Erinnerung“ an die Ermordung von Menschen mit psychischer Erkrankung der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen

In der März-Sitzung des Stadtrates stimmte die SPD-Fraktion der Vorlage zu, mit der jetzt - vier Jahre nach dem einstimmigen Auftragsbeschluss im Januar 2015 - endgültig die Weichen dafür gestellt wurden, ein düsteres Kapitel der Geschichte der Stadt und der gesamten Region umfassend aufzuarbeiten und in unsere Gegenwart und Zukunft zu integrieren: Die Stadt wird gemeinsam mit Universitätsklinikum und Bezirk einen Gedenkort für die im Nationalsozialismus in Erlangen ermordeten Menschen mit Behinderungen und anderer Patientinnen und Patienten der früheren „Heil- und Pflegeanstalt“ schaffen.

In einer Zeit, in der sich in unserer Gesellschaft die demokratischen Kräfte in der Politik und der Großteil der Bürger*innen zu Integration und Inklusion bekennen, andererseits aber rechtsextreme, demokratiefeindliche Kräfte, die auf Ausgrenzung und Abschottung setzen, bedenklichen Zulauf erhalten, ist der Beschluss ein wichtiges Signal für Respekt und Achtung der Menschenwürde.

„Wenn wir Gegenwart und Zukunft einer inklusiven Gesellschaft mit Respekt vor der Würde eines jeden Menschen verlässlich gestalten wollen, müssen wir die nur wenige Jahrzehnte zurückliegende Geschichte umfassend aufarbeiten, in der - nicht nur - Menschen mit Behinderung das Lebensrecht abgesprochen und sie mit gnadenloser Konsequenz vernichtet, ermordet wurden“, sagte Gisela Niclas in ihrem Statement.

Dabei geht das Projekt des Erinnerungs- und Lernortes weit über die Stadtgrenzen und die Friedrich-Alexander-Universität hinaus: Es betrifft ebenso den Bezirk Mittelfranken mit seinen Bezirkskliniken, Kommunen als Heimatgemeinden ermordeter Menschen und eine Vielzahl sozialer Einrichtungen in der gesamten Region, die vor der T4-Vernichtungsaktion Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen betreut und gepflegt und die Deportation und Vernichtung über den Sammelort Erlangen zugelassen haben.

Deshalb ist es ein hervorragendes Ergebnis, dass auch der Bezirk Mittelfranken dafür gewonnen werden konnte, das Projekt durch Mitarbeit im Beirat, bei der wissenschaftliche Forschungsarbeit und finanziell zu unterstützen.

Es ist erfreulich, dass inzwischen eine breite öffentliche Debatte stattfindet. Dabei liegt ein starker Fokus auf dem Erhalt des gesamten, noch vorhandenen Gebäudekomplexes, der Hupfla, mit der Begründung, dass Erinnerung im authentischen Gebäude am wirksamsten ist. Noch vor kurzem musste vom Abriss des ganzen Gebäudes ausgegangen werden. Dem Oberbürgermeister ist es aber im Dialog gelungen, mit der FAU einen Kompromiss zu finden: Ein Teil der Hupfla bleibt erhalten. Für den Denkmalschutz ist das sicher nicht zufriedenstellend. Was die Debatte bei aller Kontroverse über diesen Punkt aber auszeichnet, ist der breite Konsens über die Notwendigkeit der Aufarbeitung der Euthanasiemorde und die für alle Bürger*innen zugängliche Erinnerung daran. Das ist eine wichtige Voraussetzung, den künftigen Erinnerungs- und Lernort nicht auf ein Denkmalschutz-Thema zu reduzieren.

Denn Dokumentation und Gestaltung des Erinnerungs- und Lernortes sollen nicht nur mahnen, sie sollen Impulse setzen zum Nachdenken über das vergangene Unfassbare, aber auch zur Reflexion über das eugenische Denken der Gegenwart. Wir alle sind es den Opfern von damals schuldig.

Daher zum Schluss ein Zitat aus dem Nachwort von Cranach aus der Dokumentation Michael von Cranach, Hans-Ludwig Siemen (Herausgeber): Psychiatrie im Nationalsozialismus – Die Bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945; 2. Auflage, München 2012. Hier heißt es: „Wir haben bei der Erstellung dieser Dokumentation in den einzelnen Kliniken nicht nur objektiv historisches Material gesichtet und ausgewertet. Spätestens bei der Durchsicht der einzelnen Krankengeschichten, angesichts eines kon-

kreten, individuellen Schicksals, brach die auferlegte Zurückhaltung zusammen, und Gefühle der Trauer, des Mitleids, der Scham und der Wut stellten sich ein. Und dazu Fragen, Fragen über Fragen. Wie konnte so etwas passieren? Eine mittlerweile umfangreiche Literatur hat dazu noch keine umfassenden Antworten gefunden. Auch wir haben bei unseren Recherchen lernen müssen, daß die Täter und Mitläufer meist anerkannte, gebildete Menschen waren, ja gute Ärzte zunächst, und es ist nicht erkennbar, was sie zu Mördern hat werden lassen.....Diese Dokumentation ist ein Versuch, öffentlich kundzutun, daß die Psychiatrie die damaligen Ereignisse umfassend verurteilt und eine Zäsur zu ihnen schaffen will. Die Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit soll uns aber auch helfen, unseren Standort zu bestimmen in einer Zeit, in der alte Überlegungen in neuen Gewändern wieder auftauchen....“

Das komplette Statement von Gisela Niclas gibt es auf der Homepage der Stadtratsfraktion: spd-fraktion-erlangen.de/niclas-gedenkort-2019/

Sicherheit muss sein: Warum am „Berg“ Bäume fallen müssen

Für große Aufmerksamkeit hat über Ostern gesorgt, dass die Stadt auf dem Bergkirchweihgelände 25 Bäume fällen lassen muss. Diese Fällungen waren aber unbedingt notwendig: Ohne sie ist auf dem Berg kein öffentlicher Zugang, kein Biergartenbetrieb und auch keine Bergkirchweih möglich. Die Fällungen sind aus Sicherheitsgründen auch nicht aufschiebbar. Denn bei den 25 Bäumen ist die Standsicherheit nicht mehr gegeben. Die Wurzeln halten bei stärkerem Wind mit hoher Wahrscheinlichkeit den Baum nicht mehr. Ein umfallender Baum ist eine Gefahr für Leib und Leben. Und weil das Gelände öffentlich zugänglich ist, gibt es zu den Fällungen leider keine Alternative. Die Fällungen duldeten auch keinen Aufschub, weil die Bergkirchweih mitsamt Aufbau bereits unmittelbar bevorsteht. Im Herbst werden dann sowohl Großbäume als auch Jungbäume nachgepflanzt.

Mehrere Gutachten haben über die vergangenen Jahre immer wieder gezeigt, dass die Bäume auf dem Bergkirchweihgelände leiden. Die Stadt hat deshalb auch zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um möglichst viele der Bäume zu retten. Bei den 25, die jetzt betroffen sind hat aber die letzte Sicherheitsüberprüfung ergeben, dass sie nicht mehr zu retten sind – jedenfalls nicht so, dass unter ihnen eine Bergkirchweih stattfinden kann.

Diese Gutachten sind dem Stadtrat auch regelmäßig vorgelegt worden. Die CSU kannte also die Entwicklung. Deshalb ist es reine Stimmungsmache, wenn die CSU jetzt der Stadt vorwirft, nicht ausreichend informiert und nicht alles zur Rettung der Bäume getan zu haben. Denn die Stadt hat diese Rettung ja versucht. Und sie arbeitet auch bereits seit etwas zwei Jahren daran, ein langfristiges Entwicklungskonzept für das Berggelände zu entwickeln, mit dem die Bäume – die, die noch stehen und die, die nachgepflanzt werden – sich wieder gut entwickeln können.

Niemandem in der Stadtverwaltung und am allerwenigsten den Mitarbeiter*innen von Stadtgrün macht es Freude, Bäume zu fällen. Ganz im Gegenteil: Gerade diejenigen, die im städtischen Grünbereich arbeiten, tun dies mit Herzblut und kämpfen um den Erhalt jedes einzelnen städtischen Baums, vor allem auf dem Berg. Denn jeder Erlanger und jede Erlangerin weiß, welches Flair nicht nur während der Bergkirchweih dieser Ort hat und wie wichtig dafür die Bäume sind.

Die Situation ist aber nun mal eindeutig: Ohne sofortige Fällungen dürfte die Bergkirchweih dieses Jahr nicht stattfinden. Niemand in der Stadtverwaltung kann verantworten, den Berg im Wissen um Unsicherheit stattfinden zu lassen – und wenn etwas passiert, wie vor einigen Jahren auf dem Annafest, wäre der Aufschrei zurecht groß. Die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher am Berg muss gewährleistet sein!

Aus dem Bauch gesprochen:

Wie unambitionierte und rührselige Familienpolitik die Gleichberechtigung ad absurdum führt

Von Monika Fath-Kelling

Es war einmal ein Land, das sich vor nicht allzulanger Zeit (genaugenommen vor 70 Jahren) von ganz unten, ganz neu formatieren musste. Viel ideologischer Ballast konnte bei diesem Neustart mit den Trümmern weggeräumt werden, das systemische Komplettversagen und die damit verbundene Totalzerstörung ließen ein Weiterwiebisher nur in engen Grenzen zu. Auch dank eines formidablen, fortschrittlichen Grundgesetzes konnten sich schnell wieder „blühende Landschaften“ entwickeln. Frauen wie Männer, Alt und Jung mussten beim Wiederaufbau gleichermaßen „ran“. Frauen gern ein bisschen mehr, denn Männer waren kriegsbedingt dezimiert und teils noch in Kriegsgefangenschaft. Kinder, Versehrte, Alte mussten versorgt, Trümmer geräumt, das Notwendigste im ganz direkten Wortsinn getan werden. Und da ist es passiert. Vor lauterArbeit am „Menschlichen“ haben die Frauen das „Politische“ vernachlässigt. Und eh frau sich versah, waren wieder „alle Posten besetzt“, und sie stand wieder, die männlich dominierte Politik und Wirtschaftselite! Was nicht alles wurde nun erfunden, um den Frauen „ihre ureigensten“ Pflichten zu erleichtern. Und oberste Pflicht -ei wer hätte das gedacht- war für Frauen nach den Zeiten der Zerstörung und des Chaos nun „Harmonie“ zu schaffen, das neue Haus, den heimischen Herd, den Nachwuchs zu hüten. Das Recht auf Gleichberechtigung im Grundgesetz hin oder her, durch geschickte Gesetzgebung ging es flott in die von Männern bevorzugte Richtung: Mein Auto, meine Frau, meine Kinder.... („Gleichberechtigung, als langfristiges Ziel, klar irgendwann, sowas geht nicht von heute auf morgen, und jetzt, wo alles so gut läuft passts halt grad gar nicht...“).

Was hat nun dieser alte „Schmonzes“ mit uns Aufgeklärten von heute zu tun?

Die wichtigsten dieser Gesetze sind noch heute in Kraft und unterminieren gleichberechtigte Lebensentwürfe von Männern und Frauen gleichermaßen. Zu allererst die vorgebliche „Förderung der Familie“ mit sehr spezieller Lenkung durch Steuervorteile. Was da unter dem Begriff -oder sollte man eher von Tatbestand sprechen- Ehegattensplitting „gut gemeint“ Familien fördern soll, ist in der Wirkung ein perfides Anreizsystem für junge Paare ihren Lebensentwurf der gemeinsamen Familie mit „rationalen Gründen“ auf „traditionelle“ Weise zu gestalten: Gefördert wird das volle berufliche Engagement des Besserverdienenden (noch heute in den meisten Fällen der männliche Partner) zu Ungunsten des Partners, der die Familienarbeit im Gegenzug vollständig leisten soll. Flankiert wird das durch judikative „Beihilfe“ der Familiengerichte mit der Auslegung was Kindeswohl bedeutet. In beinahe jedem Trennungsfall sind noch heute nach amtlicher Auffassung Kinder „letztlich besser bei ihrer Mutter aufgehoben“. Das führt auf männlicher Seite zu einer Degradierung zum Geldesel, auf weiblicher Seite mindestens zu Altersarmut. Ansätze wie ein Wechselmodell als Regelfall werden auch von -oder gerade von- unserer Partei abgewehrt mit allem was die politische Trickkiste hergibt. Dabei könnte allein eine Änderung dieser Sichtweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Müttern und Vätern endlich auf dieselbe Stufe stellen und eine starke Wurzel beruflicher Diskriminierung kappen. Gleichzeitig damit sogar das Risiko des alleinerziehenden Partners minimieren spätestens im Alter zu verarmen und mit Minirente auf Hilfe angewiesen zu sein.

Weil Ressorts übergreifende Blockaden wirksamere Blockaden sind, darf auch die Wirtschaft mit ihrem unumstößlichen Credo nicht fehlen, dass Kinderbetreuung Privatsache zu sein hat. Wären alle Firmen/Behörden ect., die Menschen (Männer und Frauen wohlgemerkt) in fortpflanzungsfähigem Alter für sich arbeiten lassen wollen, verpflichtet ihren Arbeitskräften zu ihren Arbeitszeiten qualifizierte Kinderbetreuung anzubieten, was geschähe wohl dann? Wer die Arbeitskraft der Menschen für 8 Stunden täglich absorbieren möchte, muss für den Nachwuchs an Arbeitskräften in die Pflicht genommen werden dürfen.

Und da doppelt und dreifach genäht immer noch ein bisschen besser hält: die gehobene Mittelschicht soll nun noch ganz besondere Förderung genießen (man „weiss“ schließlich dass der IQ erblich ist und so...) Also kriegen die Geringverdienenden Kindergeld und die Besserverdienenden „Steuervorteile“. Welche natürlich in der Summe ein dickes Plus in der Familienkasse bieten. Auch diese diskriminierende Ungleichbehandlung von Kindern schert unsere Partei eher wenig, denn Wahlen werden angeblich „in der Mitte“ gewonnen, nicht mit durchdachter Politik, die sich auch praktisch an ihre propagierten Grundsätze hält.

Ach warum wird nicht einmal eine Legislatur der Familienrechtsreform gewidmet und ministerienübergreifend ein Entwurf präsentiert, der nicht nur hier ein bisschen Frauenleid lindert und dort mit einem Pflaster tröstet, sondern der die Scherben endlich wegräumt, die die Verletzungen immer wieder neu bedingen?

Der Treppenwitz der Geschichte „dieses unseres Landes“ ist jedoch, dass ein Teil dieses Landes nach der großen Verwüstung eine ziemlich vorbildliche Familienförderung entwickelt hatte. Beim bedingungslosen Anschluß dieses Landesteils -gern als „Wiedervereinigung“ bezeichnet- konnte leider rein gar nichts davon in der nun vergrößerten Bundesrepublik „gebraucht“ werden. Nur westliches Gold glänzte, der Rest war „sozialistische Geschichte“.

Die vollkommene Entwertung der Lebensentwürfe aus „Anderdeutschland“ kostet unser Gemeinwesen noch heute unnötige Milliarden.

Neueste „Erkenntnisse“ des früheren Papstes Benedikt XVI

Von Stefan Barth

Der emeritierte Papst Benedikt XVI. hat sein selbstauferlegtes Schweigen in der Öffentlichkeit gebrochen, um seine neuesten „Erkenntnisse“ aus dem Kloster zum Thema sexuelle Gewalt in der katholischen Kirche öffentlich darzulegen: „Was Kleriker den Kindern, Jugendlichen und Ordensfrauen mit sexueller Gewalt angetan haben, kommt nur, weil es 1968 eine sexuelle Revolution gegeben hat und in den Schulen der Sexualunterricht eingeführt wurde“. Hätte man auf ihn gehört, gäbe es keinen Missbrauch und keine Schwulen in der Kirche. Was Psychologen, Kriminologen, Missbrauchsopfer und Missbrauchsstudien dazu sagen, ist für ihn nicht von Bedeutung.

Ja, im Mittelalter hatten es die Kirchen leichter: Frauen als Opfer der Begierde von Priestern wurden einfach zu Hexen erklärt, verurteilt, auf dem Scheiterhaufen verbrannt und ihr Vermögen eingezogen. Aber nach der Aufklärung war das vorbei, die Kirchen, mit Fürstbischöfen an der Spitze, hatten ihr Großvermögen verloren. Die Aufklärung ist auch Schuld, dass die Zentrumsunion am 23.03.1933 mit Billigung der Bischofskonferenz (!) für Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Dies war wiederum dem Vertrag mit Hitler, dem KONKORDAT, geschuldet. Das Ermächtigungsgesetz Hitlers führte in den Zweiten Weltkrieg und als Ergebnis gab es Millionen von Toten, Deutschland lag in Schutt und Asche, ist um ein Drittel geschrumpft und hatte 14 Millionen Flüchtlinge aufzunehmen. Aber das KONKORDAT bringt den sich um das Seelenheil der Gläubigen kümmernden Großkirchen in Deutschland auch heute noch große finanzielle und wirtschaftliche Vorteile.

Als Dank dafür hat der Vatikan nach dem Weltkrieg vielen großen Nazi-Verbrechern eine falsche Identität verschafft, damit sie unbehelligt nach Argentinien ausreisen und so ihrer Strafe entgehen konnten. Man darf zudem schätzen, dass der säkulare Staat Deutschland den Großkirchen (darin eingeschlossen die Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie) aufgrund des KONKORDATS jedes Jahr rund 60 oder 70 Milliarden als Wiedergutmachung für das während der Aufklärung enteignete Vermögen zukommen lässt. Ob diese Schulden denn nicht schon längst getilgt sind, weiß eigentlich niemand. Auch unsere gewählten Abgeordneten nicht. Wie die Fürstbischöfe ihr enteignetes Vermögen erworben hatten, will man erst gar nicht wissen.

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Gabriele Greif-Capell

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden ein zu unserer Sitzung am

14. Mai, 19:00 Uhr, ATSV

Im Juni treffen wir uns am 11.06.2019, 19:00 Uhr, ATSV

Für den Vorstand,
Christa Matern

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Mittwoch, 15. Mai,
19 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzender:
Jens Schäfer
schaefer-jens@gmx.net

Liebe Genossinen und Genossen,
wir laden euch ein zu unserer Sitzung am

**Dienstag, 7. Mai, 19.30,
Gemeindezentrum**

untenstehend das Protokoll der letzten Sitzung des Distrikt Frauenaurach vom 09.04

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt

2. Aktuelles

- Plakatierung für Europawahlkampf findet am Samstag 13.04 ab 16:00 statt. Treffpunkt für Frauenaurach ist 17:00 am MediaMarkt.
- BI gegen die Regnitztalquerung der StUB gegründet. Wichtig: Ohne diese Querung gibt es keine StUB. Dazu gkibt es auch einen Brief vom OB.

3. Wahlprogramm für den Distrikt Frauenaurach
Am 16.04 findet eine spezielle Sitzung zum Wahlprogramm für Frauenaurach statt. In dieser wird das Programm erarbeitet. Beschluss des Wahlprogramms im nächsten Distrikt am 07.05

4. Tagespolitisches Thema
Themen wie Enteignung von Immobilienfirmen Fridays for Future und Brexit werden kontrovers besprochen

5. Sonstiges
Nächste Termine sind am 07.05, 04.06 und 09.07

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Mittwoch, 21. Mai,
20 Uhr, Kulisse**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Monika Fath-Kelling

Distrikt Süd

Vorsitzender:
Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

Sitzung am Mittwoch, den 15 Mai, um 20.00 Uhr, im Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1

Vorgeschlagene Tagesordnung:
1. Europawahl
2. Aktuelles aus dem Stadtrat
3. Stadtteilbeirat ER-Süd
4. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.
Mit solidarischen Grüßen

Dr. Andreas Richter
Vorsitzender

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 14. Mai, 19.00 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Kurzbericht (Ulla)
3) Argumente zur Europawahl
4) Ergebnisse des StUB-Trassenforums
5) Ortsumgehung Eltersdorf und Auswirkung auf Tennenlohe
6) Planung: Besuch der BuGa in Heilbronn, Besichtigung der Stadtbahn
7) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:
Distriktversammlung im Juni am 18.06., 19.00 Uhr, im Juli am 09.07., 19.00 Uhr

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distiktversammlung vom 9. April

Top1: Aktuelles
- Gert berichtet über die Kandidatenvorstellung zur Kommunalwahl 2020 .Sehr beeindruckt ist er, wieviele gute und engagierte junge Leute für den Stadtrat kandidieren: „Gutes Potential“
- Brexit: Austritt fraglich Theresa May könnte juristisch nach Art. 50 den Austritt absagen. Einen Austritt ohne Abkommen hat das Parlament untersagt.

TOP2: STUB-Situation
Bürgerinitiative ist pro STUB, aber gegen Übergang im Regnitzgrund. In der UVPA-Sitzung am 9.4. stellte die Verwaltung Pro und Contra der betreffenden Trassen vor. Der durch Bürgerbeteiligung vorgeschlagene Übergang in Höhe Wöhrmühlinsel erscheint ökologisch am ehesten vertretbar (Wöhrmühlvariante 2.3). Am 7. Mai werden beim 6. Dialogforum in Herzogenaurach alle Ergebnisse vorgestellt.

TOP3: Europa
- Wilhelm stellt die Idee einer 2014 von Ulrike Guerot gegründeten Denkschule zur Neustrukturierung der EU vor: Danach wird eine Republik Europa mit vielen Regionen unter Auflösung der Nationalstaaten anvisiert. Anhaltspunkt für Größe und Umfang einer Region wäre Franken mit ca. 4 Mio Einwohner. Regionen könnten auch grenzübergreifend (im bisherigen Sinne) gebildet werden, binnennationale Probleme (Katalonien, Baskenland) wären damit gelöst. Außenpolitik und Verteidigung würden demnach europäisch geleitet. Jakob Augstein tritt ebenfalls für ein Europa der Regionen ein.
- Vertrag von Lissabon (2009) hat den Europäischen Rat der Regierungschefs, der informell erst seit 1969 bzw. 1972 existiert, als offizielles Organ der EU festgeschrieben. Hier werden die Grundlinien der europäischen Politik

beschlossen (Richtlinienkompetenz). Wenn Europa sich weiterentwickeln will, muss der Europäische Rat entmachtet bzw. aufgelöst werden. Die Richtlinienkompetenz ginge an die Kommission über. Die Kommission wäre dann eine echte Regierung mit einem vom Parlament gewählten Regierungschef als Chef der Mehrheitsfraktionen. Der Ministerrat könnte als Vertretung der Regionen bestehen bleiben, ähnlich wie in der BRD der Bundesrat, und als solcher am Gesetzgebungsverfahren beteiligt sein. Parteien müssten europaweit gebildet werden und als solche nicht nur bei der Wahl zum Europaparlament in Erscheinung treten.
- PESCO ist die Vorstufe einer europäischen Militärunion. Ende 2017 haben außer Dänemark, Malta und Großbritannien die Außen-und Verteidigungsminister der 25 Staaten dem Europäischen Rat ihre Zustimmung mitgeteilt.
- China hat Trauma der Kolonialisierung (Boxeraufstand) Es betreibt v.a. in Afrika reine Rohstoffpolitik mit eigenen Arbeitern. Keine bzw. kaum militärische Interventionen.
- Es bestehen Handelsverträge der EU mit Afrika, die allerdings nicht unbedingt den Wirtschaftsstandort Afrika stärken und wohl eher kontraproduktiv sind.

TOP4: Europawahl
- Wir wollen uns einen Überblick über die Programmatik der Parteien zur Europawahl verschaffen.
- SPD steht v.a. für Mindestlohn, Klimaschutz, Steuergesetzgebung,Tran sparenzgesetz

TOP5: TB
Jeder Genosse des Distrikt möge einen Satz zu Europa und warum er SPD wählt beitragen, Kindergartenum(neu?)bau, Edeka unter neuer Leitung, STUB, Europawahlkampf, Glasfaser in Haselhofstraße

TOP6: Verschiedenes
Wilhelm schlägt vor, Erlangen zu einer Partnerschaft mit einer Stadt in Afrika (Äthiopien) aufzufordern.

Ursula Schnapper

Distrikt West

Vorsitzender:
Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich hoffe ihr hattet ein paar angenehme Osterfeiertage. Neben dem Termin „Wie geht es weiter im Stadtwesten“ mit unserem OB Florian Janik am 10. Mai (20 Uhr im Güthlein), werden wir im Mai noch eine Sitzung zur Reihung der Stadtratskandidatinnen und -kandidaten abhalten. Da das erste Treffen der Listenfindungskommission schon am 2. Mai Wochenende stattfindet, treffen wir uns am

8. Mai um 20 Uhr im Güthlein

Bei dieser Sitzung werden wir kein extra Thema behandeln, sondern uns ganz auf die Kandidierenden-Reihung fokussieren.

Ich freue mich auf zahlreiches Kommen zu beiden Veranstaltungen!

Solidarische Grüße,
Tobias Körber

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Jusos,
im Mai treffen wir uns am
- 17.05. im IG-Metall-Saal zum Vortrag „Die neue Arbeiter*innen-Klasse“ (20 Uhr)
- 04.06. im Sitzungszimmer des ABH um 19:30 Uhr (Thema: paritätische Wahllisten)

Natürlich erhoffen wir von euch ebenfalls beste Unterstützung im Europa-Wahlkampf.

Grüße,
euer Vorstand

Vortrag

Die neue Arbeiter*Innen-Klasse

Veronika Bohrn Mena

(Gewerkschaftssekretärin & Autorin)

17. Mai, 20 Uhr

IGM-Saal, Friedrichstraße 4

JUSOS Erlangen

Erlangen SPD